

Inhaltsverzeichnis

A. Zivilrechtliche Vorgaben – Inkrafttreten der EU-Erbrechtsverordnung	5
I. Ausgangspunkt	5
II. Vorgaben der EU-Kommission	5
III. EU-Erbrechtsverordnung	7
IV. Europäischer „Erbschein“ (Nachlasszeugnis)	8
B. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17.12.2014 und ihre Folgen.....	13
I. Regelungshintergrund.....	13
II. Der Vorlagebeschluss des BFH II R 9/11.....	13
III. Das Urteil des BVerfG vom 17.12.2014.....	18
1. Grundsätzliche Zulässigkeit einer Verschonung.....	18
2. Vorgaben zur Lohnsumme	19
3. Vorgaben zum Verwaltungsvermögen	20
4. Vorgaben zu Umgehungsmöglichkeiten	21
5. Weitere Vorgaben an den Gesetzgeber	22
IV. Konsequenzen für eine gesetzliche Neuregelung.....	23
1. Zum Zeitpunkt.....	23
2. Zur künftigen Begünstigung von Betriebsvermögen..	24
3. Weiterer Zeitplan	25
C. Weitere aktuelle Rechtsprechung	27
I. Schenkung des Familienwohnsitzes	27
II. Schenkungsteuerrechtliche Behandlung eines vorzeitigen unentgeltlichen Verzichts auf ein vorbehaltenes Nießbrauchsrecht	28
III. Steuerbefreiung für letztwillige Zuwendung eines Wohnungsrechts an Familienwohnung an den längerlebenden Ehegatten?	30
IV. Wegfall der Steuerbegünstigung des Betriebsvermögens gem. § 13a Abs. 5 Nr. 1 S. 1 ErbStG?	31